



# Rotkehlchen

Stadtteilzeitung für Enderich

November 82

## Genschers Betrug am Wähler

### Der Wechsel war lange vorbereitet

Es müsse endlich eine Wende in der Innenpolitik der Bundesrepublik Deutschland eintreten, so verkündete im Sommer 1981 der FDP-Vorsitzende Genscher. So viele damals als Sommertheater im Sommerloch abtaten, Genscher hatte es durchaus ernst gemeint. Systematisch arbeitete er nun auf diese von ihm angestrebte Wende hin.

Bei den Etatberatungen für den Haushalt 1982 wurde seine Strategie erstmals deutlich. Die FDP schraubte ihre Forderungen immer höher in der Hoffnung, die SPD an einen Punkt zu bekommen, der für sie nicht mehr tragbar war. Gleichzeitig bemühten sich Genscher und andere FDP-Politiker, den Anschein zu wahren, man wolle am sozialliberalen Bündnis festhalten.

Die Sozialdemokraten jedoch taten Genscher den Gefallen nicht, sondern stimmten im Interesse der Fortsetzung der Koalition, die sie für unser Land

FDP nahmen immer dreistere Formen an. Sie gipfelten schließlich in einem Papier, das Lambdorff vorlegte, indem er Forderungen auf den Tisch legte, die von der SPD nur als Provokation verstanden werden konnten.

Spätestens jetzt mußte jedem klar sein: Die FDP suchte den Abbruch von der Koalition. Sie wartete nur noch auf eine Gelegenheit, die Schuld des Scheiterns der SPD zuschieben zu können. Jetzt war für die SPD der Zeitpunkt erreicht, diesem heuchlerischen Doppelspiel der Genscher/Lambdorff-Gruppe ein Ende zu setzen. Bundeskanzler Schmidt forderte von der FDP Klarheit. Als diese nicht kam, kündigte er die Koalition auf, weil die FDP ihr die Geschäftsgrundlage entzogen hatte.

Wie gut der Wechsel von Genscher längst vorbereitet worden war, zeigte das Tempo, mit dem er vollzogen wur-



## Übrigens:

Jetzt haben's hoffentlich auch die Letzten kapiert, warum es uns in der Bundesrepublik so dreckig geht. Beschimpft hat man ihn damals, den Grafen Lambdorff, als er mit einem großen Koffer voll Erkenntnissen aus Japan zurückkam. Dort war ihm klar geworden, woran wir kranken.

Die Deutschen sind zu faul geworden, sie müssen endlich wieder richtig arbeiten, so ließ sich der Wirtschaftsgraf vernetzen. An den Japanern sollte sich der deutsche Arbeiter ein Beispiel nehmen. Die seien viel genügsamer, arbeiteten fleißiger und setzten sich rückhaltlos für das Wohl ihres Chefs ein. Und dann dieser ganze Sozialklimbim hier bei uns. Kein Wunder, daß da keiner mehr investiert. Die Japaner haben längst begriffen, daß das alles überflüssig ist. Wenn du fleißig bist, wird dein Herr schon für dich sorgen.

Bei soviel tiefeschürfender Erkenntnis wollte Kanzlerdarsteller Kohl nicht zurückstehen. Auch er hatte einen Grund für den Niedergang ausgemacht. Am Freitag und am Montag, so tönte Kohl neulich im Fernsehen, brächen regelmäßig Epidemien in den Betrieben aus, da spielten die Arbeiter scharenweise krank. Also, nicht nur faul sind wir, sondern auch noch ein Volk von Schauspielern!

Wo der wohl seine Erkenntnisse her hat. Wohl doch nicht aus dem Bundestag, wo Freitags oft genug gähnende Leere herrscht?

Das rechte Rezept gegen diese Art von Epidemie hat Kohl natürlich auch gleich zur Hand. Da ist er sich mit Lambdorff völlig einig: Wer nicht arbeiten will, soll auch kein Geld bekommen, wenigstens in den ersten zwei Tagen. Karenztage nennt er das neudeutsch in der Hoffnung, daß keiner merkt, was sich hinter diesem Wort verbirgt.

Wirklich, jetzt dürfte wohl auch der Letzte kapiert haben, was hier läuft. Der deutsche Arbeitnehmer ist ja schließlich nicht so dumm, wie Kohl und Lambdorff ihn gern hätten. Er wird die beiden Wunderheiler der Nation nicht enttäuschen. Er wird die Ärmel hochkrepeln und sich mit neuem Schwung an die Arbeit machen. Als erstes werden mal die beiden mit ihrem Anhang am 6. März zum Arbeitsamt geschickt. Sollen sie sich doch mal in die soziale Hängematte legen!

## FRACHT DER HAHN DAS WETTERHUHN:



als unverzichtbar hielten, immer neuen Kompromissen zu. Das ging bis an die Grenzen sozialdemokratischer Grundsätze, ja für viele Sozialdemokraten bereits darüber hinaus. Kam dann aus der SPD Kritik an den Regierungsbeschlüssen, so war das nach Genscher sofort eine Gefährdung der Koalition.

Dieses Schauspiel fand dann konsequent seine Fortsetzung bei den Haushaltsberatungen im Sommer dieses Jahres. Die Erpressungsversuche der Genscher/Lambdorff-Gruppe in der

de. Nicht nur hinter dem Rücken des Bundeskanzlers, auch hinter dem Rücken der eigenen Partei und Fraktion hatte die FDP-Führung alles vorbereitet.

Gegen den Widerstand sozialliberaler Fraktionsmitglieder setzten Genscher und Lambdorff die Koalition mit der CDU durch. Garant liberaler Politik wollte man in der neuen Regierung sein. Daß dies alles nur leere Sprüche waren, machten die Koalitionsverhandlungen deutlich. Rechts- und Innenpolitik wurden praktisch ausge-

\* Klammert, ja, der profilierteste Verfechter liberaler Politik, Gerhard Baum, würde erst gar nicht zu den Verhandlungen zugelassen. Strauß hatte ihn ja schon vorher als Sicherheitsrisiko bezeichnet. Und der angeblich so liberale Genscher rührte keinen Finger!

Noch deutlicher wird die Heuchelei der FDP-Führung in den Beschlüssen der neuen Regierung zur Wirtschafts- und Finanzpolitik. Hier konnten, so Lambdorff, Entscheidungen getroffen werden, die mit der SPD nicht durchsetzbar gewesen seien.

So wurde beschlossen, die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Nur, das hatte auch die SPD gewollt. Gescheitert war das Vorhaben an der FDP, die damals noch jede Steuererhöhung strikt ablehnte.

Da wurde beschlossen, die besser Verdienenden mit einer zusätzlichen Abgabe zu belasten. Dieses "sozialistische Martierwerkzeug" (Lambdorff) hatte die SPD unter der Bezeichnung Ergänzungsabgabe gewollt. Mit dem Unterschied freilich, daß die SPD diese Personengruppe wie alle anderen auch an den Lasten mittragen lassen wollte, während die neue Koalition diese Abgabe zurückzahlen will. Nur der kleine Mann soll zahlen.

Man könnte die Reihe fortsetzen. Wie aber reagiert nun der Wähler auf diesen Betrug der FDP. Denn schließlich hatte er ihr ja 1980 seine Stimme gegeben, weil sie sich für einen Bundeskanzler Schmidt verbürgt hatte. Die Quittung bekam die FDP bei den Landtagswahlen in Hessen. Ganze drei Prozent konnte sie noch gewinnen. Sie flog aus dem Landtag in Wiesbaden, ebenso kurze Zeit später aus dem bayerischen.

Der mündige Wähler läßt sich eben nicht an der Nase herumführen. Nach dem Scheitern der sozialliberalen Koalition haben sich 80% der Bürger für sofortige Neuwahlen ausgesprochen. Die neuen Koalitionäre in Bonn hielten nichts vom Willen der Wähler.

Jetzt kündigen sie Neuwahlen für den 6. März 1983 an. Nur, wie sie die dafür notwendige Auflösung des Bundestages herbeiführen wollen, das können oder wollen sie nicht sagen. Ein ominöses Gutachten, das der Innenminister Zimmermann unter Umgehung des freidemokratischen Justizministers zu diesem Thema anfertigen ließ, ist in den Schubladen des Bundeskanzleramtes verschwunden. Warum wohl?

## Generation der Hoffnungslosen?

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Wir werden, wenn nicht alles täuscht, einen traurigen Herbst bekommen. Ich meine nicht den Hick-Hack der großen Politik, ich meine die Tatsache, daß in diesem Jahr für Tausende junge Männer und Frauen die Entlassung aus der Schule eine Entlassung in die Arbeitslosigkeit sein wird. Für sie gibt es angeblich keine Lehrstellen.

Ich kann das einfach nicht glauben: Der große Industriestaat Bundesrepublik, seine Bürger lassen zu, daß Tausende hoffnungsvoller Talente verkümmern? Das Bundesbildungsministerium spricht von 90.000, der DGB sogar von 300.000, für die der Start ins Leben ein Fehlstart wird, die keine Chance haben sollen, wirklich auf eigenen Füßen zu stehen.

Gott sei Dank, es gibt inzwischen einige Initiativen, damit dieses Trauerspiel nicht Wirklichkeit wird. Die

Zeitungen haben ja darüber berichtet. Aber ich fürchte, daß allzuvielen Mitbürger, die Axihilfe schaffen könnten, Augen und Ohren auf Durchzug gestellt haben. Das kann doch in diesem Land nicht so schwer sein, jedem, der einen Beruf erlernen will, auch einen Ausbildungsplatz zu geben.

Wir sind tatsächlich alle aufgerufen, jeder an seinem Platz nachzudenken, wer wo noch einen Ausbildungsplatz zur Verfügung stellen kann. Da gibt es bestimmt noch den einen oder anderen Handwerker in Endernich, der noch einen Jungen oder ein Mädchen ausbilden könnte, wenn er nur wollte. Da sind sicherlich auch noch Behörden, die mit etwas gutem Willen auch kurzfristig mehr Lehrstellen schaffen können. Und sicherlich gibt es Betriebe- und Personalräte, die mit dem Chef oder der Chefin noch nicht eingehend erörtert haben, ob auch wirklich alles unternommen worden ist, damit auch dieser Betrieb seinen Beitrag leistet, die drohende Katastrophe zu verhindern.

Ich sage absichtlich "Katastrophe", weil man diese Schande kaum anders beschreiben kann, wenn jungen Menschen jeglicher Mut zur Zukunft genommen wird. Jeder sollte sich vorstellen, daß das die eigenen Kinder sind, denen

da wieder und wieder nach jeder neuen Bewerbung die Tür vor der Nase zugeschlagen wird. Vielleicht beflügelt das, die notwendigen Schritte zum Arbeitsamt zu unternehmen und zu sagen: "Wir haben noch eine Lehrstelle", oder ein Schild an den Laden zu hängen: Ausbildungsplatz frei. Und alle sollten drängen: Stellt mehr Lehrlinge ein!

Den betroffenen Jugendlichen und ihren Eltern ist der Rat zu geben, sich nicht abwimmeln zu lassen. Die Berufsausbildung ist lebenswichtig. Auch wer bereits in den vergangenen Jahren "sitzengelassen" wurde und jetzt vielleicht als Jungarbeiter/in tätig ist, sollte jede Gelegenheit ergreifen, doch noch etwas Richtiges zu erlernen. Ein Beruf ist besser als ein Job. Und auch die Mädchen sollten sich nicht einreden (lassen), sie heirateten sowieso bald usw.. In dieser Gesellschaft entscheidet nicht die Zahl der Kinder über das öffentliche Ansehen, sondern der Erfolg im Beruf. Wer keinen hat, hat keine Anerkennung.

Deshalb sollten sich alle Endernicher tatkräftig bemühen, Lehrstellen zu organisieren. Über Erfolge würden wir gern das nächste Mal im "Rotkehlchen" berichten.

Herzlichst Ihr

Dieter Witte

## Dach des Vereinslebens Der Ortsausschuß Bonn - Endernich

Der Ortsteil Endernich hat etwas zu bieten, das alle traditionell gewachsenen und lebendigen Ortsteile dieser Stadt auszeichnet: er hat ein vielfältiges und reges Vereinsleben. Dem Endernicher Bürger bieten sich hier zahlreiche Möglichkeiten, sich zu betätigen und Kontakte zu knüpfen. "Rotkehlchen" möchte an dieser Stelle die Endernicher Vereine nach und nach vorstellen oder ihnen Gelegenheit geben, dies selber zu tun. Anfangen wollen wir mit dem "Ortsausschuß Bonn - Endernich e.V.". Sein Vorsitzender, Josef Strunck, erzählte uns über Aufgaben und Arbeit dieses Gremiums.

Der "Ortsausschuß Bonn-Endernich e.V." ist die Dachorganisation der Endernicher Vereine. Die Palette der Vereine ist sehr breit, sie reicht vom Karnevalsverein bis zur Freiwilligen Feuerwehr, von den Schützen bis zum Sportverein. Mitglied kann hier jeder Verein oder jede Gemeinschaft sein, die im Stadtteil Endernich ihren Sitz haben.

Bei den Treffen des Ortsausschusses wird denn auch über sehr viele Dinge beraten. Da bemüht man sich beispielsweise darum, die Termine für die zahlreichen Veranstaltungen der einzelnen Vereine so aufeinander abzustimmen, daß man sich gegenseitig keine unnötige Konkurrenz macht.

Da werden aber auch so manche gemeinsame Veranstaltungen beschlossen und geplant. Dazu gehört der alljährliche "Vierdelszoch" am Karnevals-sonntag, der Tausende Bürger immer wieder auf die Straße lockt. Dazu gehört für die Kinder der Martinszug, der in den nächsten Tagen wieder durch die Straßen Endernichts ziehen wird. Dazu gehört aber auch die Gedenkfeier am Volkstrauertag und die Organisation des Maiballs mit der Wahl der Maikönigin.

Alljährlich zur Adventszeit betreut der Ortsausschuß alte, alleinstehende und bedürftige Mitbürger, um ihnen eine Weihnachtsfreude zu machen. Wird in Endernich eine Goldene, Diamantene oder gar eine Eiserne Hochzeit gefeiert, ist der Ortsausschuß mit bei den Gratulanten.

In den letzten Jahren hatte der Ortsausschuß einige Höhepunkte in der Geschichte seiner Arbeit zu verzeichnen, an die sich die Endernicher gewiß noch gut erinnern werden.

Da war es nach jahrelangen Bemühungen endlich erreicht, daß Endernich eine eigene Bezirkssportanlage bekam, die sicher nicht nur den Endernicher Sportvereinen Aufschwung bringen dürfte, sondern auch für nicht sportlich organisierte Bürger Möglichkeit und Anreiz zur körperlichen Betätigung bietet. An der Eröffnung jedenfalls nahmen die Endernicher regen Anteil, sei es durch sportliche Beiträge auf den schönen Anlagen, sei es, indem sie abends das Tanzbein schwingen.

Das wichtigste Ereignis der letzten Jahre in der Arbeit des Ortsausschusses war zweifellos die Festwoche aus Anlaß des 1175jährigen Bestehens von Endernich. Mehrere Tage lang strömten die Endernicher zu den zahlreichen Veranstaltungen, zu deren Gelingen die Vereine viel Arbeit aufgewendet hatten.

Aber auch über kommunalpolitische Probleme des Ortsteils wird auf den zweimal im Jahr stattfindenden Sitzungen des Ortsausschusses diskutiert, der im übrigen parteipolitisch und konfessionell neutral ist. Hier wird mit den Stadt- und Bezirksverordneten von Endernich, die gleichzeitig die im Rat vertretenen Parteien repräsentieren, nach Lösungsmöglichkeiten gesucht.

Den Vorstand des Ortsausschusses bilden gegenwärtig Josef Strunck (1. Vorsitzender), Josef Hamacher (2. Vorsitzender), Ludwig Erker (Schriftführer) und Johannes Klemmer (Kassierer). Er wird gemäß der Satzung in jedem Jahr zur Hälfte neu gewählt.

Der Ortsausschuß hat in seiner Arbeit schon vieles für Endernich erreicht. Wir wünschen ihm auch weiterhin viel Erfolg.

## Denkmalschutz in Bonn Münsterstraße wird abgerissen

"Die vorgetragenen Bedenken und Anregungen werden nicht berücksichtigt. Die Begründung zum Bebauungsplanentwurf wird unverändert übernommen."

So stand es in der Vorlage der Verwaltung zur Sitzung der Bezirksvertretung am 7. September 1982, und das gleich dreizehmal.

Zur Beratung stand ein Bebauungsplan an, mit dem die Stadtzerstörung in Bonn fortgesetzt werden sollte, und zwar betraf er die Häuser an der Münsterstraße 6 - 14.



Die Stadtentwicklungs-GmbH (den Bonnern besser unter dem Namen Stadtzerstörungs-GmbH bekannt) wollte diese Häuser bis auf die Fassaden abreißen, neubauen und dahinter eine zweigeschossige Tiefgarage bauen. Dieser Garage sollte der wertvolle Baubestand zum Opfer fallen.

Als diese Pläne vor Monaten bekannt wurden, formierte sich in der Bevölkerung sehr rasch der Widerstand. Man wollte eine weitere Vernichtung historischer Bausubstanz in der Bonner Innenstadt verhindern. Mehr als genug war durch den Abriss der Häuserzeile vor dem Bahnhof schon geschehen.

Hinzu kam, und das wurde in der Sitzung der Bezirksvertretung offen zugegeben, man brauchte diesen Plan, um aus diesen Objekten eine höhere Rendite herauszuschlagen zu können. Und die brauchte man, weil man wegen des hervorragenden Managements der Stadtentwicklungs-GmbH vorher mit dem ersten Bauabschnitt der Cassiusbastei 30 Mio Mark Verlust gemacht hatte.

Damit war für Verwaltung und CDU-Fraktion die Marschrichtung festgelegt: Denkmalschutzgesichtspunkte dürften auf keinen Fall die wirtschaftlichen Ziele gefährden. Und danach wurde dann auch verfahren.

"Bei den Beratungen ist deshalb davon auszugehen, daß lediglich die Fassaden Baudenkmale sind, weil nur hinsichtlich der Fassaden ein öffentliches Interesse an der Erhaltung besteht". Dieser Vorgabe der Verwaltung schloß sich die CDU voll an.

SPD und FDP versuchten immer wieder, in der Sitzung den Einwänden von Bürgern und Institutionen Gehör zu verschaffen, die sich gegen den Abriss ausgesprochen hatten. Sie mußten bald einsehen, daß sie gegen eine Mauer aus Ignoranz und Überheblichkeit ankämpften.

Vereine, die sich seit langem mit Belangen des Denkmalschutzes befassen

und für ihre Arbeit Auszeichnungen erhielten, wurden mit ihren Bedenken einfach vom Tisch gewischt. Ob es sich um den Arbeitskreis zur Erhaltung des historischen Stadtgefüges von Bonn, den Bonner Heimat- und Geschichtsverein, den Bund Natur- und Umweltschutz Nordrhein-Westfalen oder den Rheinischen Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz handelte, die CDU war allemal schlauer.

Der Landschaftsverband Rheinland - Rheinisches Amt für Denkmalpflege widersprach in seiner Stellungnahme der Verwaltung eindeutig: "Es besteht ein öffentliches Interesse an der Erhaltung der Denkmale und deren Nutzung als Ganzheiten". Und wenn die Stadt anführe, daß einige dieser Häuser ziemlich heruntergekommen seien, so müsse darauf hingewiesen werden, daß "Schäden nur dort festgestellt wurden, wo die Gebäude mit der Übernahme durch die Stadtentwicklung Bonn GmbH dem Verfall und der Zerstörung preisgegeben worden sind".

Damit beschuldigt der Landschaftsverband die Stadt Bonn typischer Spekulantmethoden: Häuser vorgammeln zu lassen, um sie dann später um so leichter abreißen zu können.

Die geplante Tiefgarage, so der Landschaftsverband weiter, führe zudem dazu, daß die gesamte Denkmalsubstanz senkrecht zur Münsterstraße vernichtet würde.

Die Stadt Bonn hat als Untere Denkmalbehörde nach dem Denkmalschutzgesetz nur die Fassaden der Häuser Münsterstraße 6 - 14 unter Schutz gestellt. Die Eintragung in die Denkmalliste soll nach dem Gesetz im Benehmen mit dem Landschaftsverband erfolgen. Wird ein Einvernehmen nicht erzielt, so steht dem Landschaftsverband das Recht zu, die Entscheidung der Obersten Denkmalbehörde herbeizuführen.



Da im vorliegenden Fall ein Einvernehmen wegen der klaren Einsprüche des Landschaftsverbandes wohl nicht zu erwarten ist, hat die SPD in der Bezirksvertretung beantragt, die Entscheidung über den Bebauungsplan zurückzustellen, bis die Entscheidung der Obersten Denkmalbehörde vorliegt.

Nicht einmal dazu war die CDU bereit. Ihr ging es nur darum, den Plan so schnell wie möglich durchzuführen. Der Denkmalschutz hat in Bonn keine Chance!

## Von der Ewigen Anbetung in den Tod

Der November ist Deutschlands Totenmonat. Der Kalender nennt die Daten: Allerheiligen, Volkstrauertag, Bußtag und Totensonntag. Gläubige schmücken die Gräber ihrer Toten. Denkt auch jemand an jene Bonner Toten, deren Gräber keiner kennt?

Wer an diesen Herbsttagen von Endenich zum Kreuzberg hinaufsteigt, geht leicht achtlos am Haus Kapellenstraße 44/46 vorüber. Das Benediktinerinnenkloster "Zur Ewigen Anbetung" ist stummer Zeuge für Menschen, die wegen ihres Glaubens ermordet wurden: Fast 500 jüdische Mitbürger aus Bonn und Umgebung hatten die Nazis 1941/42 in diesem Kloster zusammengepfercht. Dann brachten die Mörder alle, ob Säugling oder Urgroßmutter in die Vernichtungslager. In diesem Herbst sind es 40 Jahre her, daß Bonns braune Bonzen nach Berlin telegrafieren konnten: Bonn ist judenrein!

Eine Gedenktafel erinnert seit kurzem an die Bluttat - lange schwieg die Stadt zu ihrer Schande. Wer vom Kloster aus den Prozessionsweg nicht direkt zum Kreuzberg weitergeht, sondern mit der Straße rechts um das Klostergebäude herum biegt, findet die Tafel an der grauen Mauer: "Nach Vertreibung der Benediktinerinnen durch das NS-Regime diente dieses Haus 1941/42 als Sammellager für 474 jüdische Mitbürger aus Bonn und Umgebung. Von hier traten sie den Gang in die Vernichtungslager an. Nur sieben sind als Überlebende bezeugt." Eine dieser Verschleppten ist heute wieder Bürgerin unserer Stadt - nur eine.

Bonn hat viele Stätten, die an die Nazi-Zeit unserer Stadt erinnern oder es doch könnten: Im Jagdweg findet man nach einigem Suchen an der Ecke Benauer Straße einen Gedenkstein für die Poppelsdorfer Synagoge, die wie andere jüdische Gotteshäuser am 9./10. November 1938 von Bonner Bürgern niedergebrannt wurde. Auch an der Kennedy-Brücke gemahnt ein Stein, daß Pölvler dort eine Synagoge brandschatzten. Aber im Kreuzbergweg sucht der Kundige vergeblich nach einem Mahnmahl; erneut in "Öffentlicher Funktion" dient dort heute die ehemalige Gestapo-Zentrale als Arbeitsgericht.

Übrigens: Wer mehr über das Leben in Bonn während der NS-Diktatur erfahren möchte, findet im Frauenmuseum (Im Krausfeld 10) bis Ende November eine informationsreiche Ausstellung.

## Anhörung vor Straßenneubau

Immer wieder kommt es in Bonn vor: da wird eine Straße aus- oder umgebaut, weil der Zustand dieser Straße verbessert werden soll. Nach der Fertigstellung dieser Maßnahmen wundern sich die Anlieger dann, wenn sie an den Kosten des Umbaus beteiligt werden sollen. Das gilt auch für die Mieter in solchen Straßen, denn diese Kosten werden in der Regel auf die Miete umgelegt.

Gegen die Kostenbeteiligung der Anlieger gibt es nichts auszusetzen, sie wird der Stadt in § 8 der Kommunalen Abgabenordnung vorgeschrieben.

Aber das ist auch nicht der Punkt, wogegen sich Anlieger immer wieder wenden. Sie beklagen sich darüber, daß solche Maßnahmen durchgeführt werden, ohne daß sie vorher davon unterrichtet werden. So ist es erst jetzt

wieder den Anliegern der Beethovenstraße in der Weststadt ergangen.

Der SPD-Stadtverordnete Bachmann hat deshalb einen Antrag im Hauptausschuß des Rates eingebracht, in dem die Verwaltung beauftragt wird, "vor einem der Verbesserung dienenden Aus- und Umbau von bereits vorhandenen Straßen die Anlieger vor Beginn der Maßnahmen anzuhören und hierüber im Bauausschuß zu berichten".

Eine Anhörung der Betroffenen würde für eine rechtzeitige Information der Bürger und auch der Verwaltung sorgen. Überflüssige Maßnahmen könnten so vermieden werden, wie vor einiger Zeit der geplante Neubau der Mozartstraße. Hier hatte die Verwaltung eine Bürgerversammlung durchgeführt, um die Pläne vorzustellen. Als in dieser Versammlung dann herauskam, daß die Anlieger anschließend zur Kasse gebeten werden sollten, wurde der Plan einbellig abgelehnt. Die Schäden ließen sich auch durch kleinere Reparaturen beheben. So geschah es dann auch.

Aber auch da, wo ein Neubau unumgänglich ist, erscheint eine Anhörung sinnvoll. Vorschläge der Bürger etwa zur Verkehrsberuhigung könnten aufgegriffen und möglicherweise ohne großen Mehraufwand gleich miterledigt werden.

Wir werden über das Ergebnis der Beratung im Hauptausschuß berichten.

## Radweg fertig

Seit einigen Monaten haben die Radfahrer in Endenich einen neuen Radweg. Entlang der Endenicher Allee hat die Verwaltung durch sogenannte Abmarkierungen von der Fahrbahn eine Fläche für Radfahrer geschaffen.

Nicht zuletzt wegen der leeren Stadtkassen muß in Zukunft beim Anlegen von Radwegen zu preiswerten Maßnahmen gegriffen werden.



Der Radweg an der Endenicher Allee hat allerdings einen Nachteil: Zwischen ihm und dem Fußweg liegt ein Parkstreifen für Autos. Fahrzeuge, die hier parken wollen, müssen den Radweg im spitzen Winkel kreuzen. Das ist nicht ungefährlich. Deshalb die Bitte an alle Autofahrer: Achten Sie beim Einparken auf hinter ihnen fahrende Räder und - auch das kommt immer wieder vor - parken Sie auf dem Parkstreifen, nicht auf dem Radweg!

Am Dienstag, den 7. Dezember 1982, spricht auf einer öffentlichen Veranstaltung der Endenicher SPD Egon Bahr zum Thema "Sicherheit in Europa". Die Veranstaltung beginnt um 20 Uhr in der Gaststätte Harmonie in der Prongasse. Alle Interessenten sind herzlich eingeladen!

Ich interessiere mich für die Mitarbeit in der SPD und bitte um weiteres Informationsmaterial.

(Bitte ausschneiden und an die Redaktion einsenden)

Name:.....Vorname:.....

Anschrift:.....

Bonn, den ..... Unterschrift

## Werden Sie Mitglied der SPD!

ENGAGEMENT FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT, FRIEDEN UND ABRÜSTUNG SOWIE LIBERALE RECHTS- UND INNENPOLITIK!

Nach der Regierungsübernahme durch die CDU/CSU und Teile der FDP ist die einzige Partei in der Bundesrepublik Deutschland, die geschlossen für eine liberale Rechts- und Innenpolitik eintritt, die Sozialdemokratische Partei. Die in den letzten Jahren durch viele Gesetze ausgedehnte persönliche Freiheit der Bürger darf nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Darum gilt es, diese Politik der SPD zu stärken!

Die durch Koalitionskompromisse zur Unkenntlichkeit entstellte Sozialpolitik der Sozialdemokraten wird wieder klare Konturen gewinnen.

Wer aus der Geschichte gelernt hat, weiß, wie wichtig für unseren Staat, insbesondere aber für unsere Demokratie, wirtschaftliche Stabilität und vor allem Vollbeschäftigung und sichere Arbeitsplätze sind.

Neue Arbeitsplätze zu schaffen und damit unsere Demokratie stabil gegen alle Gefahren zu machen, ist eine der aktuellsten Aufgaben der SPD, für die kein Preis, weder Neuverschuldung des Bundes noch Ergänzungsabgabe für besser Verdienende, zu hoch sein kann.

Nicht zuletzt hat die Verwirklichung dieser politischen Ziele nur dann Sinn, wenn wir die Entspannungspolitik zur Sicherung des Friedens weiterführen, um so zu einer weltweiten Abrüstung zu gelangen.

Für die Lösung dieser existenziellen Probleme der Bundesrepublik Deutschland ist die SPD der engagierteste und verlässlichste Garant unter den bestehenden Parteien.

Viele tausend Mitbürger sind nach dem Sturz von Bundeskanzler Schmidt am 1. Oktober 1982 in die SPD eingetreten, um diese Politik zu unterstützen: allein in Bonn waren es über 300 Bürger, die diesen Schritt getan haben.

Wenn auch Sie, liebe Leserinnen und Leser, die Politik der SPD aktiv unterstützen wollen, indem Sie bei uns mitmachen, sind Sie uns herzlich willkommen. Die Redaktion ist zu weiteren Auskünften gerne bereit.

## Spielplatz öffnen

Erinnern Sie sich noch? Bis vor einigen Jahren gab es auf dem Magdalenenplatz in Endenich einen Kinderspielplatz. Er war zwar nicht so schön, wie er hätte sein können, aber man konnte drauf spielen.

Dann stellte man fest, daß für die Autos im Endenicher Zentrum zu wenig Parkplätze vorhanden waren. Also mußte der Spielplatz weg. Einen Ersatz hatte man auch bald gefunden. An der Pastoratsgasse hinter der Schule wurde ein neuer gebaut. Viele neue Geräte,

vor allem aus Holz, lockten zum Spielen.

Doch die Sache hatte einen Haken! Das Gelände war Teil des Schulhofes und durfte daher nur benutzt werden, wenn der Hausmeister die Aufsicht führen konnte. Und wenn der Feierabend hatte - was ja sein gutes Recht ist - wurde das Eingangstor geschlossen.

So steht der Spielplatz oft nutzlos leer und die Kinder suchen Spielmöglichkeiten.

Der SPD-Stadtverordnete Witte und der Bezirksverordnete Stöppler haben nun in der Bezirksvertretung einen Antrag gestellt, den Spielplatz vom Schulgelände zu trennen und damit ständig zum Spielen offen zu halten. Über das Ergebnis werden wir berichten.

## Tip des Monats



Ist etwas in der Wohnung defekt, arbeitet z.B. der Gasofen nicht, dann muß der Mieter, bevor er selbst die Handwerker bestellt, immer erst den Vermieter auffordern, den Schaden innerhalb einer bestimmten Frist zu beseitigen. Er sollte den Vermieter - wie der Jurist sagt - "in Verzug setzen". Denn sonst bekommt er die Kosten nicht ersetzt. War der Vermieter hingegen in Verzug, dann kann der Mieter die Kosten für die Handwerker z.B. mit der Miete aufrechnen.

Übrigens: Der Mieter kann die Handwerker-Kosten immer mit der Miete rechnen, auch wenn dies im Mietvertrag verboten ist. Dann muß er es nur einen Monat vorher ankündigen.

Haben Sie Probleme mit Ihrem Vermieter? Haben Sie Fragen aus dem Sozialbereich?

Kommen Sie zur Mieter- und Sozialberatung jeden Donnerstag von 18 bis 20 Uhr in den Räumen der SPD-Fraktion im Alten Rathaus!



Erscheinungsweise:

Jeden zweiten Monat

Auflage: 6.000 Druck: Eigendruck

Herausgeber:

SPD-Stadtratsfraktion in Zusammenarbeit mit dem SPD- Ortsverein Bonn-West

Redaktion:

Klaus Stöppler (verantwortlich), H. Baumann, A. Büchner, W. Carl, G. Fürböck, G. Haas, U. Hinrichs, G. Roth, U. Seidenberg, J. Weber

Redaktionsanschrift:

"Rotkehlchen" c/o Klaus Stöppler  
Weberstraße 55 5300 Bonn 1  
Telefon: 225156